



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gunst in Anspruch nehmen werden? Und wenn der Föderalismus dereinst den Dualismus ablöst, wird das Reich als solches, oder vielmehr der Bund unter habsburgischem Scepter vereinigter Volksstämme, dann noch soviel wie bisher für den Hafen an der Adria übrig haben?

Die Wirkungen der lange erfahrenen besondern Staatsgunst auf den Geist Triests sind nicht zu verkennen. Es ist ein Freihafen, aber nicht ein Freihandelsplatz. Die Freihafenstellung wird dort nicht als der vorab erlangte Genuß einer Freiheit, an der einst alle anderen Plätze ebenfalls Theil haben werden, aufgefaßt, sondern als ein ausschließendes Vorrecht. Frei von Zöllen für ihre Einfuhren, sind die Triestiner Kaufleute doch keine Freihändler, sondern im Grunde ihres Herzens Schutzzöllner. Die alten Liff'schen Theorien haben dort noch versteinerte Anhänger. Die Triester Presse jubelte neulich beinahe laut auf, als der spanische Ministerpräsident Prim aus Rücksicht auf die Catalanier den Zolltarif erhöhte, anstatt ihn angekündigter Maßen zu erniedrigen. Der Wiener Freihandels-Verein, der seit ein paar Jahren rühmenswerth thätig ist und den „österreichischen Oekonomist“ begründet hat, besitzt in der einzigen größeren Seehandelsstadt der Monarchie anscheinend nicht einmal einen Correspondenten. Das spricht für den, welcher den Zusammenhang der volkswirthschaftlichen Ideen mit practischem Vermögen und Erfolg kennt, hündiger als Bände.

Auch in Triest also gibt es noch viel zu thun, um eine gedeithliche Zukunft zu sichern. Zunehmende Emancipation von Unterstützungen, welche von fremder Gunst abhängen, muß dabei das Hauptaugenmerk bilden. Das Feld ist nach allen Seiten hin fruchtbar genug; aber nur wer die Werkzeuge des Jahrhunderts zu handhaben versteht, wird auf ihm von Jahr zu Jahr reichere Ernten schneiden. Bloße Erweiterungen des bestehenden Apparats, wie die Ausdehnung der Lloyd-Fahrten bis nach Bombay, sobald der Suez-Canal eröffnet ist, thun es nicht. Die Hauptsache ist, was der Handelsstand selbst aus solchen natürlichen Gelegenheiten macht. Mit Staatsgeld läßt sich am Ende überall ein künstlicher Verkehr vorübergehend emporzaubern.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 26. August.

Je länger die Zeit der politischen Ferien in diesem Jahre dauert, desto fraglicher erscheint, unter welchen Zeichen unsere nationale Arbeit wieder aufgenommen werden wird. Die Gefahr einer Störung derselben durch aus-

wärtige Verwickelungen scheint zwar ferner denn je abzuliegen: in Frankreich fragt Niemand nach etwas Anderem, als nach der Gestaltung der bevorstehenden parlamentarischen Campagne, Rußland concentrirt alle seine Anstrengungen auf die Ausbreitung des ungeheuren Eisenbahnnetzes, das die östliche Hälfte des Welttheils umspannen soll und auf die Russification der westlichen Grenzprovinzen und selbst der Leiter der österreichischen Politik hat seiner Actionslust nicht anders, als durch Abfassung turbulenter Depeschen Luft machen können. Aber es fragt sich, ob diese friedliche Temperatur gerade diejenige ist, von der ein kräftiges Wachsthum des im J. 1866 gepflanzten Baumes erwartet werden kann. Während die Thätigkeit eigentlich aller unserer politischen Parteien unter dem Einfluß des mehr oder minder deutlichen Bewußtseins steht, daß die nächsten Phasen der nationalen Entwicklung in eine Hand gelegt sind, hat der Leiter des preussisch-deutschen Staatslebens sich in eine Zurückgezogenheit begeben müssen, deren Ende nicht abzusehen ist. Ueberdauert die Entfernung des Grafen Bismarck von den Geschäften die nächste Kammeression, so wird zunächst diese vollständig inkalkulabel; das Hauptgewicht, das die Regierung in die Waagschale werfen konnte, muß solchen Falls in Abzug gebracht werden und wie Ersatz für dasselbe geschafft werden soll, weiß Niemand zu sagen. Auch über die Natur der finanziellen Vorlagen, welche den Kammern vorgelegt werden sollen, fehlen alle positiven Daten; seit drei Monaten wechseln die Berichte über den Stand der Finanzen mit dem Monde und doch hängt Alles von dem Maß der Forderungen ab, welche der Landesvertretung gestellt werden sollen. Fraglich erscheint endlich noch das Verhältniß der überkommenen Parteien, denn trotz der Discretion, welche beobachtet worden, steht außer Zweifel, daß die letzte Session des Zollparlaments auf eine derselben, und zwar auf die wichtigste, zersezend gewirkt hat.

Sind das Verhältnisse, die durch sich selbst, ohne belebenden Anstoß von Außen, ins Gleis gebracht, wieder in Bewegung gesetzt werden können? Und doch war Alles auf diese Bewegung und zwar auf eine Bewegung in raschem Tempo angelegt. Der Einfluß der Stagnation, der in der süddeutschen Frage seit nunmehr zwei Jahren besteht, ist bisher durch die relativ günstige Entwicklung der inneren Verhältnisse des norddeutschen Bundes aufgewogen worden. Aber diese sind von dem Entwicklungsgange der preussischen Dinge zu abhängig, als daß auf ihren ungehemmten Fortgang auch in dem Fall gerechnet werden könnte, wenn Graf Bismarck dauernd den Geschäften fern bleibt und das Ministerium v. d. Heydt in einen neuen Conflict mit der Volksvertretung tritt. Noch vor zwei Jahren hätte die Rücksicht auf die Wirkungen, welche ein solcher Zusammenstoß auf Süddeutschland üben würde, bestimmend auf die Haltung beider Theile eingewirkt, — heute muß eine solche Rücksicht durchaus überflüssig erscheinen, denn die Gedanken an einen

freiwilligen Anschluß der Länder südlich vom Main, an eine moralische Eröberung derselben sind von allen Programmen abgesetzt. Die Erhaltung jener mit den Südstaaten abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse, welche im Frühling 1867 für die Grundlage einer aussichtsvollen neuen Entwicklung galten, ist Alles was von norddeutscher Seite verlangt wird, der Glaube an die innere Triebkraft derselben ist längst dahin und von preußisch-süddeutschen Wechselwirkungen eigentlich nicht mehr die Rede.

Die alte leidige Erfahrung, daß Verhältnisse, die nach den Gesetzen der Logik für „innerlich unhaltbar“ gelten müssen, oft das zäheste Leben beweisen, hat sich auch in der neuesten Phase unseres nationalen Lebens bewährt. Weder ist das preußische Ministerium aus der halben Stellung herausgekommen, in welche es durch sein Indemnitäts-gesuch vom August 1866 gedrängt worden, noch haben die süddeutschen Staaten sich entschlossen, die precäre Stellung aufzugeben, die sie seit der Auflösung des alten Bundes einnehmen.

Selbst der unermüdlischen Geschäftigkeit des Grafen Beust haben sich keine Anknüpfungspunkte für Lösung der süddeutschen Frage bieten wollen und die frommen Wünsche, welche man in Wien für das Zustandekommen eines Südbundes hegte, sind allmählig gegenstandslos geworden. Das Project eines solchen Bundes ist bei den Cabinetten in noch üblerem Geruch, als bei den Völkern und die Beust'sche Patronisirung desselben gilt selbst nach partikularistischer Auffassung kaum mehr für eine Empfehlung. Die Stagnation ist nach beiden Richtungen hin — der nationalen, wie der anti-nationalen — eine vollständige, von dem kommenden Morgen haben wir Nichts zu hoffen und zu fürchten und es kann noch eine Weile dauern, ehe ein kräftiger Luftzug kommt, der mit „erfrischendem Windeweben kräuselnd bewege das stockende Leben.“

Eine wirkliche „Bewegung“ hervorzurufen, sind die im abgelaufenen Monate geführten Depeschentriege nicht im Stande gewesen. Selbst in Sachsen ist die scharfe Zurückweisung, welche Graf Beust durch den Freiherrn von Friesen erfahren hat, ohne Consequenzen geblieben; es waren nicht die Organe der Dresdner Regierung, sondern die liberalen Blätter, welche die Sache des bundestreuen sächsischen Ministers gegen die traditionelle Anhänglichkeit des grünweißen Particularismus für Herrn v. Beust führten, und wir können in der ganzen Sache nur eine Bestätigung der schon früher bekannten Thatsache sehen, daß sich innerhalb dieser Regionen zwei verschiedene Strömungen die Waage halten. Auf die Woche, welche der Friesenschen Depesche gewidmet war, folgten die „Enthüllungen“ der „Sächsischen Zeitung“ über eine angeblich vor Ausbruch des letzten Krieges geführte preußisch-österreichische Correspondenz — Erfindungen so plumper und niedriger Art, daß die Dementis der Berliner Officiösen eigentlich nur für die niedrigste Classe

von Zeitungslesern nothwendig waren. In fünfzig Jahren wird man es für eine Fabel halten, daß diese Art von particularistischer Geschichtsmacherei auch nur selbst an die Möglichkeit glauben konnte, ein Publicum von Abnehmern zu finden. — Dieser Episode sind endlich die Depeschen vom 4. und 15. August gefolgt, mit denen Herr v. Thile und Graf Beust die periodische Presse für Wochen beschäftigt haben. Wie es bei Auseinandersetzungen dieser Art gewöhnlich ist, so hat auch im vorliegenden Fall die Frage, von der man eigentlich ausging, aufgehört, den Mittelpunkt und Hauptgegenstand des Streits zu bilden, die Frage nämlich, ob Thatsachen vorlagen, die den k. k. Reichskanzler zu der Klage über preußische Abweisung seiner Annäherungsversuche berechtigten. Nachdem die Berliner officiöse Presse den Grafen Beust wiederholt und deutlich zum Beweise seiner gegen Preußen gerichteten Anklagen aufgefordert hatte, war die Wiederholung dieser Forderung durch eine förmliche Depesche eigentlich nicht mehr nöthig. Ja es fragt sich, ob der Eindruck, den die erste Dementirung der Beustschen Angaben gemacht hat, nicht ohne die Depesche nachhaltiger gewesen wäre. Diese Depesche hat der Wiener Artikel- und Depeschen-Fabrik die Gelegenheit geboten, die Sache auf ein anderes Gebiet hinüberzuspielen und den einfachen und unleugbaren Thatbestand zu verwirren. Immerhin ist der k. k. Reichskanzler dem Auslande wie der heimischen Opposition und den Ungarn gegenüber in eine wenig beneidenswerthe Lage gerathen und dem Glauben an seine diplomatische Tactfestigkeit ein neues Loch geschlagen worden. Bei der Mehrzahl der europäischen Höfe, in London, Berlin, Petersburg, Brüssel u. s. w. hatte dieser Staatsmann freilich nichts mehr zu verderben, und es fragt sich, ob seine Haltung in der belgischen Eisenbahnangelegenheit auch nur den Respect des Pariser Cabinets vor der Hofburg erhöht hat.

Für die inneren Verhältnisse der österreichischen Monarchie ist Graf Beust freilich nach wie vor unentbehrlich geblieben und die neuesten Delegationsverhandlungen haben bestätigt, wie dankbar das politische Publicum, mit dem er es zunächst zu thun hat, im Großen und Ganzen noch immer ist. Dem deutsch-österreichischen Liberalismus ist sein Name mit der constitutionellen Sache einmal identisch und bei all' ihrem Mißtrauen gegen des Grafen auswärtige Politik wissen die Ungarn doch, daß ein gleich gefügiger Staatsmann westlich von der Leitha nicht so leicht aufzutreiben sein wird. Selbst die feindliche Sprache, welche von Bethlens diplomatischer Wochenschrift und von den radicalen Pester Oppositionsblättern von Zeit zu Zeit gegen Herrn v. Beust geführt wird, macht den Eindruck, als ob es den Sprechern nicht um die Beseitigung des Reichskanzlers, sondern nur darum zu thun sei, denselben in heilsamer Zucht zu halten. — Von den Forderungen, mit denen das Reichsministerium vor die Delegationen getreten ist, sind die wichtigsten bereits bewilligt worden

und die einzelnen Abstriche, die der Kriegsminister Baron Ruhn sich gefallen lassen mußte, haben den Frieden ebenso wenig gestört, wie die Boten über die Militairgrenze. In Böhmen sind die Anstrengungen der czechischen Opposition bis jetzt erfolglos geblieben und es hat im Augenblick den Anschein, als werde diese Opposition ebenso gespalten werden, wie die polnische. Auf die aristokratisch-clericalen Bundesgenossen des Czechenthums hat die kirchenfeindliche Propaganda des repristinirten Hussitenthums nämlich so verstimmend gewirkt, daß die Bischöfe gegen dasselbe amtlich einzuschreiten drohen; die hussitische Strömung steht mit der panslavistischen in engem Zusammenhang, denn es sind grade die warmen Anhänger Rußlands, welche an die hussitischen Nationaltraditionen appelliren und auf diese Weise die katholische Scheidewand niederzureißen suchen, welche das Czechenthum von dem wesentlich anti-katholischen Panslavismus trennt. Die Jungczechen, welche schon seit einiger Zeit zu der durch die Moskauer Pilgerfahrt (1867) angebahnten Annäherung an Rußland scheinlich sehen, suchen ihre Bundesgenossen neuerdings bei den polnischen Demokraten Galiziens und bestreben sich diese in ihren anti-ministeriellen Bestrebungen zu ermuthigen. Das Polenthum soll für die föderalistische Idee gewonnen worden und zu diesem Zwecke hat man sich mit Smolka in das engste Einvernehmen gesetzt; czechische Deputirte haben an der zu Lemberg abgehaltenen Feier des Unionstages von Lublin Theil genommen, zu dem thörichten Versuch einer Verständigung mit den Ruthenen gerathen und nach Kräften gegen die von Goluchowski geführte aristokratische Partei und deren quasiministerielle Haltung geschürt. Der für den nächsten Monat bevorstehende Lemberger Landtag wird darüber entscheiden, ob die Polen im Reichsrath bleiben oder ob Smolka aus diesem Kampf als Sieger hervorgeht, bei dem die czechische Sache unter allen Umständen mehr zu gewinnen hat, als die polnische. Auch die galizische Sprachenfrage soll in Veranlassung des letzten, noch von Goluchowski bewirkten Rescripts wieder zur Discussion kommen.

In den übrigen cisleithanischen Ländern (trotz seiner östlichen Lage wird Galizien bekanntlich unter diesen neugeschaffenen Begriff subsumirt) spielen die Kämpfe um die Grenze zwischen staatlichen und kirchlichen Befugnissen die Hauptrolle. Die Angelegenheit der Krakauer Nonne Barbara Ubryt hat neues Del in das Feuer der Wiener Liberalen gegossen und dem Ministerium das consequente Festhalten an den Errungenschaften des Frühjahr 1867 beträchtlich erleichtert. Dem Proceß des begnadigten Bischofs von Linz soll eine Anklage gegen Monsignore Greuter folgen und sichtlich unter dem Eindruck der Krakauer Vorgänge hat das Oberlandesgericht von Tyrol der von dem Innsbrucker Landesgericht beschlossenen Verfolgung des ultramontanen Parteiführers seine Zustimmung gegeben.

In den Oestreich benachbarten östlichen und südöstlichen Donauländern ist die Ruhe auch während des abgelaufenen Monats nicht gestört worden. Die Nachricht von einem in der Herzegowina ausgebrochenen Aufstande, an dessen Spitze der vor einigen Jahren nach Odessa geflüchtete slawische Agitator Luka Wulkowitsch stehen soll, hat sich nicht bestätigt, sondern läßt sich auf das Manifest zurückführen, das Wulkowitsch vor Kurzem an seine bosnischen Landsleute erlassen hat, um Feindschaft und Mißtrauen gegen Oestreich und Ungarn und Vertrauen zu Rußland zu predigen, das der nächsten südslawischen Erhebung gegen die Pforte seine Unterstützung sicher nicht versagen werde. — In Rumänien wird eifrig an der Verbesserung der Communicationsmittel durch neue Canäle und Eisenbahnen gearbeitet, das Ministerium Ghika-Cogolnitscheano hat seinen Einfluß befestigt, bei den Wahlen zum Senat gesiegt und den Agitationen der rothen Partei und ihres Führers Jan Bratiano bis jetzt energisch Stand gehalten. Die Schlägereien an der wallachisch-ungarischen Grenze sind ohne Bedeutung, obgleich der Magyarenhaß der rumänischen Demokratie Vorgänge dieser Art mit Vorliebe zur Schürung der Volksleidenschaften und zur Herbeiführung von Conflicten auszubeuten gewohnt ist. Fürst Carl hat dem in der Krim weilenden Kaiser von Rußland einen Besuch gemacht, um seine guten Beziehungen zu diesem mächtigen Nachbarn zu befestigen. Das Verhältniß Rußlands zu der in Jassy und Bukarest geschaffenen neuen Ordnung der Dinge ist bis jetzt kein besonders freundliches gewesen. Rußland, dessen traditionelle Politik Rahmheit und Schwäche des Rumänenstaats verlangt, ist der Berufung des hohenzollernschen Prinzen auf den Hospodarenthron von Hause aus nicht geneigt gewesen. Die auch in der Hospphäre einflußreiche Mostauer Nationalpartei ließ sich die Sache indessen noch gefallen, so lange Bratiano an der Spitze der Geschäfte stand. Als dieser turbulente Staatsmann aber durch Preußens Einfluß zu Fall gebracht wurde, brach ein Sturm der Entrüstung gegen den „preußischen Garde-Officier“ und dessen „weiße“ Rathgeber aus, welche sich in die Neze westeuropäischer Intriguen ziehen ließen und mit dem Sultan Frieden machten, bloß weil Preußen den Wünschen der Magyaren Rechnung zu tragen für opportun halte. Daß Fürst Carl eine Einladung nach Livadia erhalten und angenommen und der Krieg der russischen Presse gegen seine Rathgeber ein Ende genommen hat, ist eine neue Bürgschaft für Rußlands friedliche Absichten.

Während Kaiser Alexander an den Ufern des schwarzen Meeres verweilt, ist seine Regierung nach wie vor mit den beiden Hauptzielen ihrer inneren Politik, der Russification der westlichen Grenzländer und der weiteren Ausdehnung des Eisenbahnnetzes beschäftigt. Ein heftiger Kampf ist um die

Zulässigkeit der von Stroußberg und dem Grafen Lehndorf erbetenen Concession zur Linie Pinsk-Bialystock entbrannt, welcher einzelne Glieder der Regierung geneigt sind, während die nationale Partei nichts von derselben wissen will und diese „preussische Intrigue“ als gefährliche Concurrenz der Linie Romno-Libau bekämpft; die Concession für die bessarabische Eisenbahn ist inzwischen vergeben worden, und zwar an einen inländischen Bewerber, der wohlfeilere Baubedingungen gemacht hatte, als seine Concurrenten. — Der Kampf gegen das Polenthum und die katholische Kirche wird mit wechselndem Erfolge weiter geführt. Die römisch-katholische Eparchie von Minsk ist aufgehoben und mit der von Wilna verschmolzen worden. Dagegen ist die bereits in Angriff genommene Einführung der russischen Sprache in die katholischen Kirchen Litthauens auf ein neues Hinderniß gestoßen; in der ersten Stunde hat das Wilnaer Generalgouvernement erklärt, die Predigten und Gebete müßten in den Sprachen abgehalten werden, welche in den einzelnen Distrikten gesprochen würden, da das Großrussische auf dem flachen Lande nur ausnahmsweise verstanden werde. Zunächst sollen die geographischen Grenzen der einzelnen Sprachbezirke festgestellt und dann die bezüglichen Anordnungen getroffen werden. So lebhaft die Moskauer Nationalen sich auch gegen diesen plötzlichen Umschlag ausgesprochen haben, so ist es bei dieser Entscheidung doch zunächst geblieben. Auch im Generalgouvernement Kiew liegen die gemäßigte und die entschieden polenfeindliche Richtung einander in den Haaren. Der neue Generalgouverneur Fürst Dundakow-Korsakow, der die Interessen des gefährdeten großen Grundbesizes in Schutz zu nehmen versucht hat, wird von der demokratischen Presse als Polenfeind verdächtigt. — In den Ostseeprovinzen sind zwei eifrige Russificatoren in die Post- und Domainenverwaltung eingeschoben worden; außerdem stehen die Errichtung eines russischen Theaters in Riga und die Einführung russischen Mathematikunterrichts in den Gymnasien in Aussicht. Die deutsche Petersburger Zeitung, welche einen Anlauf genommen hatte, um von ihrer Censurfreiheit zu Gunsten der baltisch-deutschen Interessen Gebrauch zu machen, ist deswegen verwarnt und auf diese Weise mundtot gemacht worden. Nichtsdestoweniger dauern die russischen Klagen über die Herrschaft des deutschen Elements an der Ostsee fort und wird gegen die deutsche Universität Dorpat eifrig Sturm gelaufen. — Der durch unverbürgte Gerüchte vielfach übertriebene Kirgisenaufstand an der Grenze Turkestans ist vollständig beigelegt worden und die Mehrzahl dieser Nomadenstämme hat sich der neuen bürokratischen Organisation gefügt.

Auch in Rußland war vielfach angenommen worden, der seit einigen Wochen schwebende Conflict zwischen dem Sultan und dem Vice-König von

Aegypten werde größere Dimensionen annehmen und zu einem förmlichen Bruch führen; türkenfeindliche Heißsporne hatten bereits von einem Sturz der Pforte durch den mächtigen Vasallen geträumt und diesem die Rolle vindicirt, welche das ohnmächtige Griechenland nicht durchzuführen im Stande gewesen war. Aber wie sich unschwer vorhersehen ließ, sind diese Erwartungen Lügen gestraft worden, und hat der unter dem Einfluß der Westmächte stehende Rhedive eingelenkt und dadurch den Machinationen seines ehrgeizigen und feindlichen Bruders Fazil-Mustapha die Spitze abgebrochen. Auch in Constantinopel hatten die Cabinette von London und Paris daran erinnert, daß die letzte Pariser Conferenz ein Glücksfall gewesen sei, auf dessen Wiederkehr nicht gerechnet werden könne und der Divan ist einsichtig genug gewesen, diesen Vorstellungen Gehör zu leihen und die gute Meinung seiner Rathgeber auf keine neue Probe zu stellen.

Frankreich vor Allem hat das lebhafteste Interesse daran, die Ruhe im Orient aufrechtzuerhalten. Seit der verhängnißvollen Botschaft des Kaisers an das corps legislatif sind die Dinge in ein Rollen gekommen, dem sich nicht mehr gebieten läßt und das wenigstens zunächst durch keine auswärtige Diverſion aufgehalten werden kann. Obgleich die Machtstellung, welche Rouher auch in seinem Amt als Senatpräsident zu behaupten weiß, für die neuen Minister ebensowenig ermuthigend und Vertrauen einflößend ist, wie für die liberalen Parteien, weiß man doch allenthalben, daß der gethane Schritt sich nicht mehr zurückthun läßt und daß die Ausführung der verheißenen Reformen zur unbedingten Nothwendigkeit geworden ist. Daraus ist zugleich zu erklären, daß die stieberhafte Unruhe der Opposition, welche Anfangs Wiene machte rücksichtslos fortzustürmen und die erzielten Resultate am Wege liegen zu lassen, für den Augenblick einer besonneneren Stimmung Platz gemacht und daß man es sich über sich gewonnen hat, zunächst den Verlauf und Abschluß der Verhandlungen des Senats abzuwarten. Die am Napoleonstage erlassene Amnestie hat das Ihrige dazu beigetragen, diese Stimmung zu befestigen, und weitaus die größte Zahl der liberalen und demokratischen Parteiorgane hat die versöhnliche Absicht der Regierung anerkannt und acceptirt. Die Feier des 15. August ist ungewöhnlich still und geräuschlos verlaufen, obgleich sie dieses Mal von außergewöhnlicher Bedeutung war und es der Regierung wohl nahe gelegen hätte, den hundertsten Geburtstag des Nationalhelden zur Auffrischung der dynastischen Gefühle des Volks zu benutzen. Der einzige Versuch zu einer Kundgebung dieser Art, ein pathetischer Erlaß des Commandirenden von Chalons, General Bourbaki (eines geborenen Griechen!), ist ohne Widerhall verflungen, in Frankreich ignorirt, im Auslande belächelt worden. Die seit dem

Tode des Marschalls Niel führerlos gewordene Kriegspartei muß zunächst stille halten und den Eintritt günstigerer Umstände abwarten — von dem neuen Kriegsminister, General Leboeuf, ist zunächst noch unbekannt, ob er mehr als ein fähiger Techniker ist und ob er es auf die Rolle eines politischen Parteihaupts abzieht; daß er dem Kaiser durch seinen sterbenden Vorgänger empfohlen worden, läßt allerdings auf Gesinnungsverwandtschaft beider Männer schließen.

Bis zur Veröffentlichung der Senatsbeschlüsse wird die Zeit politischer Ruhe auch in Frankreich fortdauern. Da die General-Räthe am 23. August zusammen getreten sind und ein Theil der Senatoren denselben angehört, kann es noch einige Wochen dauern, ehe die Arbeiten dieses Staatskörpers zum Abschluß gebracht werden. Was wir bisher von den Verhandlungen desselben wissen, bestätigt aufs Neue, daß diese Versammlung nur ein Abklatsch der in der Regierung herrschenden Stimmungen und ohne jede Spur innerer Selbständigkeit ist. Die Ansichten seiner Majorität haben sich mit der Wetterfahne gewandt. Wenn man sich die Feindseligkeit vergegenwärtigt, mit welcher noch vor Jahresfrist die nichts weniger als freisinnigen Geseze über Pressfreiheit und Versammlungsrecht von den Vätern des französischen Volks aufgenommen wurden, so will man bei Betrachtung der neuesten Vorgänge kaum seinen Augen trauen. Nicht nur, daß die Majorität sich sofort auf den neuen Standpunkt der Regierung gestellt und die Nothwendigkeit von Reformen anerkannt hat, die sie damals als Anfang vom Ende bekämpfen zu müssen behauptete — im französischen Senat hat sich eine liberale Partei gebildet, welche über das Regierungsprogramm und Rouher's Stellung zu demselben hinausgeht und Opposition spielt. Die Bonjeanschen Amendements, welche ziemlich direct auf eine rein parlamentarische Regierung hinarbeiten, haben eine gewisse Unterstützung erhalten und wenn auch an ihre Annahme nicht zu denken ist, so steht doch schon ihre Entstehung in so merkwürdigem Gegensatz zu der bisherigen furchtsamen Kleinlichkeit der patres conscripti, daß sie wohl für ein Zeichen der Zeit gelten können. Die liberale Pariser Presse hat ihre Befürchtungen vor Verstümmelung der kaiserlichen Vorschläge durch den Senat bereits zurückgenommen und diese Verfassungsänderungen werden voraussichtlich in der Gestalt an das Tageslicht gefördert werden, auf welche die Regierung es abgesehen hatte. — An die Verhandlungen der Departements-Räthe, zu denen sechs Minister und zahlreiche Senatoren bereits abgereist sind, knüpfen sich liberale Hoffnungen auf Vorschläge zur Decentralisation und Herstellung größerer Gemeindefreiheit; auch soll gegen jenen berücktigten Artikel 75 der Verfassung vom Jahre VIII. Sturm gelaufen werden, der die gerichtliche Verfolgung excedirender Beamter von der Zustimmung des Staatsraths abhängig

machte. Möglich, daß in dieser letzteren Richtung mit der Zeit etwas erreicht wird — die Wünsche für Decentralisation und eine Art Selbstbestimmung der Gemeinden sind taube Nüsse. Keine der Regierungen, unter denen Frankreich seit den Tagen der großen Revolution gestanden, hat auch nur Miene gemacht, die Vortheile aus den Händen zu geben, welche ihr aus dem Centralisationsystem erwachsen, und das zweite Kaiserreich ist am wenigsten dazu angethan, Concessionen zu machen, von denen es weiß, daß sie ihm nicht abgerungen werden können, weil die Mehrzahl der Franzosen trotz Toqueville heute ebenso wenig Verständniß für die Gemeindefreiheit hat, wie vor dreißig und vor sechzig Jahren.

Die an der südlichen Grenze Frankreichs versuchten Karlistenerhebungen, denen die französische Regierung Anfangs passiv zugesehen, haben damit geendet, daß die noch nicht über die Pyrenäen gegangenen Bandenchefs internirt wurden, um das Kaiserthum von dem Verdacht der Unterstützung eines aussichtslosen Aufstandes zu reinigen. Im Uebrigen hat diese Karlistenerhebung einen Verlauf genommen, der anderen Unternehmungen dieser Art ziemlich ähnlich sieht. Anfangs coursirten übertriebene Gerüchte von dem Erscheinen ganzer Karlistenarmeen und der Lieferung förmlicher Schlachten; dann hieß es, an der ganzen Sache sei überhaupt Nichts wahr, als daß ein mißglückter Versuch zur Ueberrumpelung von Pampelona gemacht worden und schließlich hat sich herausgestellt, daß in der That eine ganze Reihe kleinerer Gefechte gegen Karlistenchefs geliefert worden ist. Obgleich von Hause aus zweifellos war, daß die provisorische Regierung dieser verfrühten und künstlichen Emeute ohne Mühe Herr werden werde, scheint es doch, als ob die Ruhe in den Grenzprovinzen noch nicht völlig hergestellt ist, da bis in die letzten Tage von der Bewältigung einzelner Nachzügler berichtet wurde. — Für das innere Leben des spanischen Staats ist dieser Putsch so gleichgültig geblieben, daß die Spannung zwischen Monarchisten und Republikanern für keinen einzigen Tag ausgesetzt hat und daß die glückliche Bewältigung des karlistischen Einfalls der Regierung kaum als Verdienst angerechnet worden ist. Wenn diese Regierung sich trotz der schwindenden Aussicht auf die Auffindung eines Königs und trotz der raschen Ausbreitung der namentlich in den größeren Städten höchst einflußreichen republikanischen Liga in der Volksgunst noch immer leidlich erhält, so hat sie das einem Umstande von höchst zweifelhaftem und noch dazu schwindendem Werth zuzuschreiben: um die Massen bei guter Laune zu erhalten, läßt man den Staatsschatz darben und verzichtet man darauf, die Armee zu vermehren und kampffähig zu erhalten. Die Verbrauchssteuer ist ohne genügendes Aequivalent abgeschafft worden und an vielen Orten bezahlen die Municipalitäten die Stellvertreter für kriegsunlustige Con-

scribirte. Die schwache und zügellose Armee befindet sich in der elendsten Lage. Daß ein solches System auf die Dauer nicht durchzuführen ist und die Zukunft der Regierung nur erschwert, hat sich schon jetzt gezeigt. Die nach Cuba gesandten Truppen haben nach Belieben ihre Führer ab- und eingesetzt und sind dabei außer Stande gewesen, für die Bewältigung des Havanneseraufstandes das Geringste zu thun. Obgleich man es öffentlich noch nicht wahr haben will, ist die Perle der Antillen für Spanien so gut wie verloren und sind bereits Verhandlungen über einen Verkauf an die Vereinigten Staaten im Gange. Leicht möglich, daß auch dieser nicht zu Stande kommt und daß die amerikanischen Staatsmänner das Stück wiederholen, das sie den Dänen mit der Insel St. Thomas gespielt haben. Hier ließ man es bis zur allgemeinen Abstimmung kommen und, nachdem die bisherige Regierung sich durch diese unmöglich gemacht hatte, wurden die Ratification des Geschäfts und die Zahlung des Kaufpreises durch ein Votum des Senats unmöglich gemacht. Man hat nur nöthig dieses Manoeuvre zu wiederholen und die reiche Insel, deren Erträge die spanischen Finanzen bisher nothdürftig über Wasser hielten, ist der Regierung von Madrid ohne jede Entschädigung verloren gegangen, — ein Verlust, der politisch ebenso schwer wiegen würde, wie wirthschaftlich.

Von den europäischen Parlamenten ist das italiänische das einzige, das seine Verhandlungen durch den ganzen Sommer ununterbrochen fortgesetzt hat. In England wurden die Sitzungen nach Erledigung der irischen Kirchenbill am 11. August durch eine Thronrede vertagt, welche von Dank gegen Lords und Gemeine überfloß, obgleich die Letzteren noch vor Thoreschluß ihrem Verdruß über das Zustandekommen des Cairns'schen Compromisses durch Abwerfung der schottischen Kirchenbill Luft gemacht hatten. Für die nächste Session stehen nicht minder schwere Kämpfe in Aussicht wie für die abgelaufene, und wiederum ist es Irland, das mit der Forderung neuer Zugeständnisse an seine Bevölkerung vor die Regierung tritt. Schon während der d'Israelyschen Verwaltung wurde neben der Abschaffung der irischen Staatskirche ein Gesetz zur Regelung der ländlichen Verhältnisse der grünen Insel verlangt. Nachdem die Abschlagszahlung auf kirchlichem Gebiete wirklich geleistet worden, tritt die zweite Forderung mit erhöhtem Nachdruck auf, denn von ihr ist eine sehr viel directere Wirkung auf die von der Unversöhnlichkeit der Fenier gestörte Ruhe Irlands zu erwarten, als von der Entspründung der Staatskirche. Es handelt sich darum, den sogenannten tenants ad parole, d. h. den Zeitpächtern, welche jährlich durch die bloße Willkür der Grundeigentümer von ihren Wohnsitzen verdrängt werden können, Garantien sowohl gegen Ausweisung ohne Entschädigung ihrer Meliorationen und Auf-

wendungen, als gegen maßlose Steigerung der Pachtsumme zu schaffen und namentlich den Abschluß von Verträgen auf längere Termine obligatorisch zu machen. Daß die agrarische Frage in Irland bis heute ungelöst geblieben ist, legt ihrer Lösung größere Schwierigkeiten in den Weg, als zu einer anderen Periode obgewaltet hätten. John Stuart Mill's im Winter 1867 auf 1868 gemachte Vorschläge zu einer gewaltsamen Expropriation der Grundbesitzer, welche nach einem durch Parlementscommissarien festzusetzenden Maßstabe entschädigt werden sollen, ist ohne jede Aussicht auf Annahme. Einmal ist der Begriff des Eigenthums in England viel zu stark entwickelt, als daß eine Maßregel so gewaltsamer Natur in Irland ebenso leicht durchgeführt werden könnte, wie in Litthauen oder Polen, wo Expropriationen dieser Art im größten Maßstabe und zwar ohne irgend entsprechende Entschädigung der Großgrundbesitzer stattgefunden haben; ein zweiter, mindestens ebenso gewichtiger Grund liegt in der Natur des englischen wirthschaftlichen Lebens und seiner gegenwärtigen Phase. Ablösungen dieser Art sind höchstens in der Periode der Naturalwirthschaft ohne Erschütterung des gesammten öconomischen Lebens einer Nation möglich, — nicht aber, wo man bereits tief in der Geld- und Creditwirthschaft steckt und jede Störung der Eigenthumsverhältnisse auf die weitesten Kreise zurückwirkt, neben den Grundbesitzern noch deren hypothekarische Gläubiger bedroht werden. Dazu kommt noch, daß das rechtliche Verhältniß der irischen Bauern zu dem von ihnen bebauten Grund und Boden das directe Gegentheil der analogen deutschen Verhältnisse ist und Mill's Vergleich seiner Vorschläge mit den Stein-Hardenbergschen Reformen von vollständig falschen Voraussetzungen ausging. In Deutschland wurde der Grund und Boden rechtlich als ein Eigenthum des Hintersassen angesehen, das nur zu Gunsten des Herrn belastet war — nach der in Irland hestehenden Rechtsfiction ist das Land Eigenthum der Herren, die es den Pächtern freiwillig gegen ein Aequivalent überlassen. Von einer Ablösung der auf dem bäuerlichen Boden lastenden Lasten kann in Irland mithin nicht die Rede sein, es würde sich um einen directen, im Namen der Staatsraison unternommenen Eingriff in anerkannte Eigenthumsverhältnisse handeln. Diese Rolle hat die Staatsraison in England nie gespielt und es ist mehr als unwahrscheinlich, daß sie es grade in Irland zu einer solchen bringen werde. — In dem Vaterlande des von Lord James gefundenen sogenannten schottischen Entschädigungssystems wird man um die Mittel zwar nicht verlegen sein, die irische Agrarfrage auch ohne Schädigung des Eigenthumsrechts durch Reform des Pachtsystems zu lösen, aber es fragt sich, ob damit den durch lange Versäumniß hinaufgeschraubten Ansprüchen des irischen Bauernstandes genug gethan und den fenischen Umtrieben wirklich die Spitze abge-

brochen werden kann. Daß die Abschaffung der irischen Staatskirche in dieser Beziehung wirkungslos bleiben werde, mußte man im Voraus. — Neben der irländischen Landfrage hat seit der Vertagung des Parlaments Publicum und Presse Englands hauptsächlich die „Working Men's representative League“ beschäftigt, eine Association von Arbeitern, welche sich zur Aufgabe gemacht hat, durch Mitglieder ihres Standes im Parlament vertreten zu werden. — So unzweifelhaft es der englische Socialismus im Allgemeinen weiter gebracht hat, als die noch in ihren Kinderschuhen steckende Arbeiterbewegung der Rassafricaner Deutschlands, so soll mit dieser league doch nur erreicht werden, was unsere Socialisten in ihrem Schweizer, Hasenclever zc. bereits besitzen. — Der Sache des deutschen Socialismus ist mit diesem Besitzthum jetzt nicht gedient gewesen und die vor zwei Wochen in Eisenach erlebten Scenen waren nicht dazu angethan, die socialistische Bewegung als zu einer parlamentarischen Vertretung reif und berechtigt erscheinen zu lassen. In England, wo die Ansprüche an Repräsentationsfähigkeit ungleich höher und die Gewöhnung an öffentliche Thätigkeit in allen Classen der Gesellschaft ungleich älter ist, wird das Erscheinen des ersten Arbeiters im Hause der Gemeinen sehr viel bedeutsamer sein, als es bei uns der Fall war, wo so viele Erscheinungen des politischen und socialen Lebens ihre öffentliche Vertretung anticipirt haben.

Wir haben schließlich noch ein Ereigniß von wenigstens symbolischer Bedeutung zu registriren, das in die letzten Juli- und ersten Augusttage gefallen ist: die Vermählung der Prinzessin Lowisa, einzigen Tochter des Königs von Schweden, mit dem Erben der dänischen Krone. Nord-Schleswig hat die in Stockholm und Kopenhagen gefeierten Feste zu öffentlichen Kundgebungen seiner Treue für die skandinavische Sache ausgebeutet, die skandinavischen Farben und die Toaste auf „Altdänemark“ haben bei der gesammten Feier eine beträchtliche Rolle gespielt. Zunächst wird es wohl noch für einige Zeit bei dieser symbolischen Verbindung der drei Völker des Nordens bleiben, denn in Schweden kann man sich keine andere Erfüllung der scandinavischen Unionsidee denken, als das Aufgehen oder mindestens den Anschluß Dänemarks an die mächtigere Nachbarmonarchie, — eine Auffassung, welche bei der schwedischen Beurtheilung des deutsch-dänischen Streits entschieden mitgesprochen hat, in Dänemark aber nicht getheilt wird.

Verantwortliche Redacteurs: **Gustav Freytag** u. **Julius Gårdt**.

Verlag von **F. V. Herbig**. — Druck von **Hüthel & Hegler** in Leipzig.